

## **Antrag: keine Privatisierung der Wasserversorgung in der Stadt Norden**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Barbara Schlag,

Die Menschen sind in Sorge um ihre Versorgung mit Wasser. Sie wollen, das Wasser. Allgemeingut bleibt. Anlass ist die aktuell im Europaparlament diskutierte Richtlinie zur Konzessionsvergabe. Erstmals will die EU-Kommission die Vergabe von Konzessionen durch Städte und Gemeinden regeln. Ein einheitlicher Rechtsrahmen sei nötig, Korruption solle bekämpft werden, so die Kommission.

Tatsächlich wird aber insbesondere der lebenswichtige Rohstoff Wasser zum weiteren. Handelsobjekt auf den sog. Märkten. Wasser sei eine Ware wie jede andere, meinte die Kommission bereits 2009. Die Konzessions-Richtlinie erfasst nicht nur Wasser, sondern auch viele weitere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge.

Zur Klarheit: Diese Richtlinie erzwingt nicht automatisch die Privatisierung der Wasserversorgung. Sie sieht zunächst vor, dass jede Ebene der öffentlichen Hand zunächst *selbst entscheidet*, ob sie Konzessionen vergibt oder öffentliche Güter und Dienstleistungen selbst bereitstellt.

Damit soll der "Markt" für große Konzerne geöffnet werden.

Diese Richtlinie erhöht damit den Druck zur europaweiten Ausschreibung von Konzessionen erheblich. Zwar könnten sich auch städtische Unternehmen weiter um eine Konzession bewerben, allerdings nicht mit den Möglichkeiten, die großen, europa- und weltweit tätigen privaten Konzernen zur Verfügung stehen.

Ich stelle daher folgenden Antrag:

### ***Der Rat der Stadt Norden wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:***

- *Alle Bestrebungen zur Privatisierung von Wasser zu stoppen.*
- *Wettbewerb ist das falsche Instrument für Güter der öffentlichen Daseinsvorsorge.*
- *Wasser ist ein öffentliches öffentliches Gut und keine Ware. Wasser muss für alle Menschen zugänglich und bezahlbar sein.*

### ***Der Rat fordert:***

1. die Europäische Kommission auf, ihre Pläne, die Wasserversorgung durch die Hintertür zu privatisieren, aufzugeben!
2. Die Versorgung mit Trinkwasser und die Bewirtschaftung der Wasserressourcen darf nicht den EU-Binnenmarktregeln unterworfen werden.
3. Der Rat der Stadt Norden verpflichtet sich entsprechend des Beschlusses gegenüber der EU Kommission sich gegen die Wasserprivatisierung einzusetzen

Mit freundlichen Grüßen

Herbert Joosten